

Sonderdruck aus:

# Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Bernhard Gahlen

Zur Verantwortung der Lohnpolitik für die  
Vollbeschäftigung

11. Jg./1978

**3**

## **Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)**

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

### *Hinweise für Autorinnen und Autoren*

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter [http://doku.iab.de/mittab/hinweise\\_mittab.pdf](http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf). Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de)).

### **Herausgeber**

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)  
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB  
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim  
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover  
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin  
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.  
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau  
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

### **Begründer und frühere Mitherausgeber**

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,  
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

### **Redaktion**

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: [ulrike.kress@iab.de](mailto:ulrike.kress@iab.de); (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: [gerd.peters@iab.de](mailto:gerd.peters@iab.de); (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de); Telefax (09 11) 1 79 59 99.

### **Rechte**

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

### **Herstellung**

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

### **Verlag**

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: [waltraud.metzger@kohlhammer.de](mailto:waltraud.metzger@kohlhammer.de), Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

### **Bezugsbedingungen**

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten; Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

### **Zitierweise:**

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)  
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)  
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

**Internet:** <http://www.iab.de>

# Zur Verantwortung der Lohnpolitik für die Vollbeschäftigung\*

Bernhard Gahlen

Im Mittelpunkt des ersten Teils steht die Frage: wem kommt die entscheidende Rolle bei der Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu, den Tarifparteien und der Lohnpolitik (Klassik) oder der gesamtwirtschaftlichen Steuerung und einer expansiven Finanzpolitik (Keynes)?

In Keynes'scher Tradition spaltet der Autor diese Frage auf in zwei Teilfragen: die Frage nach dem Zusammenhang von Lohnhöhe und Beschäftigung und die Frage nach der geeigneten Politik zur Erreichung eines adäquaten Reallohniveaus. In der ersten Frage stimmen Klassik und Keynes überein: beide gehen aus von einer negativen Korrelation zwischen Reallohnsatz und Beschäftigung. Bei der Frage nach der geeigneten Politik zur Senkung des Reallohnsatzes weist der Autor einerseits auf die Risiken und Kosten der Deflationpolitik hin („Deflation hilft nicht“), fragt andererseits aber nach der Realitätsnähe des Keynes'schen Tricks („Hilft Inflation etwas?“), der Annahme von Geldillusion bei den Gewerkschaften und kommt zu dem Ergebnis, daß es der staatlichen Wirtschaftspolitik immer schwerer fällt, geeignete Instrumente einzusetzen.

Neuere theoretische Entwicklungen (z. B. Malinvaud) rücken ab von der gemeinsamen Position von Klassik und Keynes, der negativen Korrelation von Reallohnsatz und Beschäftigung. Der Autor untersucht die Begründungen einer positiven Korrelation und ihre empirische Relevanz. Er kommt zu dem Ergebnis, daß diese Ansätze vor allem an den denkbaren Fällen und ihrer Klassifikation interessiert sind und deshalb keine wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen zulassen.

Im zweiten Teil „Gesamtwirtschaftliche Steuerung und Vollbeschäftigung“ untersucht der Autor Wege zur Überwindung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Fehlentwicklungen. Hierzu muß auf die Ursachen der Konjunktur- und Wachstumskrise, d. h. der Trends des abnehmenden Wirtschaftswachstums, der sich beschleunigenden Dauerinflation, der Verschärfung der Konjunkturzyklen und der Abnahme des Arbeitsvolumens seit Beginn der 70er Jahre eingegangen werden. Bringt man die Erklärung für ein abnehmendes Mengen- und zunehmendes Preisniveauwachstum auf eine kurze Formel, so lautet sie: Verteilungskampfhypothese und falsche Reaktion der Wirtschaftspolitik hierauf. Da die Stabilisierungspolitik von einer falschen Erklärung der Instabilität des privaten Sektors ausgeht, verstärkt sie die Fehlentwicklungen der Preis- und Mengeneffekte. Angesichts des Scheiterns der kurzfristigen Nachfragepolitik als Anti-Inflationpolitik setzt sich der Autor für eine Verlagerung von der Nachfrage- auf die Angebotspolitik ein. Eine langfristige Strategie der Förderung von Zukunftsaufgaben (Investitions-, FuT-Politik, etc.), die das Wirtschaftswachstum und den Produktivitätsfortschritt über eine Erhöhung der Investitionen nachhaltig anhebt, bekämpft den Kostendruck und erscheint von daher als aussichtsreichster Ansatzpunkt zur Inflationsbekämpfung.

## Gliederung

1. Vorbemerkung
2. Ist die Keynes'sche Beschäftigungspolitik am Ende?
3. Gesamtwirtschaftliche Steuerung und Vollbeschäftigung

### 1. Vorbemerkung

Die Cambridge Economic Policy Group stellt im letzten Heft der Economic Policy Review zur gängigen These, daß die Ursache der Arbeitslosigkeit in zu hohen Reallohnen läge, fest: „These views are . . . pernicious . . . , because they imply that the onus for curing unemployment and Stagnation lies with workers and that there is little the government can do.“<sup>1)</sup> – Beim Thema Lohnhöhe und Beschäftigung geht es demnach um die Grundsatzfrage nach der Möglichkeit der gesamtwirtschaftlichen Steuerung, die für den Ökonomen keineswegs neu ist. Die seit Jahren anhaltende heftige Debatte um die Verantwortung der Tarifparteien für die Vollbeschäftigung zeigt jedoch, daß die Antworten unseres Faches auf diese Grundsatzfrage unvollständig oder vorläufig waren.

\* Für eine kritische Durchsicht dieses Aufsatzes danke ich meinen Mitarbeitern K. Hüttinger und Ch. Leipert

<sup>1)</sup> University of Cambridge, Department of Applied Economics, Economic Policy Review, March 1978, No. 4.

<sup>2)</sup> Vgl. Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Gutachten, Göttingen 1977, S. 116 ff. und S. 419 ff., im folgenden zitiert als „Bericht“.

<sup>3)</sup> Die Literatur zum Thema ist unübersehbar. Um die Lesbarkeit des Artikels nicht zu sehr zu beeinträchtigen, konzentriere ich mich auf wenige Zitate. Ausführlicher werden aber vor allem ältere Schriften zitiert, da deren Inhalt in Vergessenheit geraten ist.

In diesem Beitrag werden die makroökonomischen Aspekte des Themas behandelt. Diese Eingrenzung darf nicht übersehen werden, da weder Arbeitsangebot noch Arbeitsnachfrage homogene Größen sind. Wenn die Strukturen des Bildungs- und Beschäftigungssystems und der Entlohnung nicht kompatibel sind, so können globale Maßnahmen – wie eine undifferenzierte Lohnzurückhaltung oder die Fiskalpolitik – immer nur einen Teil der Arbeitslosigkeit überwinden. Diese strukturellen oder spezifisch arbeitsmarktpolitischen Überlegungen finden mit Recht eine immer größere Beachtung.<sup>2)</sup> Andererseits kann eine noch so „aktive“ oder „autonome“ Arbeitsmarktpolitik gesamtwirtschaftliche Fehlentwicklungen nur bedingt korrigieren. Auf diese gesamtwirtschaftlichen Aspekte der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigungspolitik beschränken sich die folgenden Ausführungen. Diese Eingrenzung des Themas ist auch dadurch gerechtfertigt, weil der Streit über Löhne und Beschäftigung und über die Verantwortung der Tarifparteien für die Beschäftigung auf dieser Ebene ausgetragen wird.

Im ersten Teil des Beitrages werde ich über das Thema anhand der Entwicklung der Beschäftigungstheorie referieren. Es folgen im zweiten Teil wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen.<sup>3)</sup>

### 2. Ist die Keynes'sche Beschäftigungspolitik am Ende?

(1) Der Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung bzw. der Streit um die Verantwortung der Lohnpolitik oder der staatlichen Wirtschaftspolitik für die Vollbeschäftigung

gung bildet den Kern der Keynes'schen Arbeit zur Beschäftigungspolitik. Keynes wendete sich damals gegen die herrschende Lehre, die er als die Lehre der Klassiker bezeichnete und wie folgt charakterisierte: „Thus writers in the classical tradition, overlooking the special assumption underlying their theory, have been driven inevitably to the conclusion, perfectly logical on their assumption, that apparent unemployment (apart from the admitted exceptions) must be due at bottom to a refusal by the unemployed factors to accept a reward which corresponds to their marginal productivity. A classical economist may sympathise with labour in refusing to accept a cut in its money-wage, and he will admit that it may not be wise to make it to meet conditions which are temporary; but scientific integrity forces him to declare that this refusal is, nevertheless, at the bottom of the trouble“.<sup>4)</sup> – Liest man heutige Stellungnahmen zur Arbeitslosigkeit, so ist dieses Zitat von erstaunlicher Aktualität: Mit wissenschaftlicher Integrität wird immer wieder behauptet, daß zu rasch wachsende Reallöhne die Arbeitslosigkeit verursacht haben und daß die Weigerung der Gewerkschaften, einem geringeren Wachstum der Reallöhne zuzustimmen, die Überwindung der Arbeitslosigkeit unmöglich macht. Was hatte Keynes dieser heute weitgehend akzeptierten klassischen Doktrin entgegenzusetzen? – Sind die Keynes'schen Argumente nach den Erfahrungen der Nachkriegszeit noch haltbar? Der Rückgriff auf Keynes in diesem Beitrag ist natürlich nicht zufällig. Einmal ist die Zuweisung der Verantwortung für den Beschäftigungsgrad an die Lohnpolitik präkeynesianisch. Zum anderen wirft die unbestreitbare Restauration des klassischen Gedankenguts unter Umständen ein Licht auf die Erfahrungen mit der Keynes'schen Politik. Wer die internen und internationalen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre auch nur einigermaßen verfolgt, dem wird deutlich sein, daß die Rückbesinnung auf Keynes nicht nur eine akademische Frage ist.

(2) Beim Zusammenhang von Lohnsatz und Beschäftigung geht es seit Keynes um zwei Fragestellungen, die nur Klassik, Neoklassik, etc. zu einer verschmelzen. Diese Doktrinen heben nämlich hervor: Lohn und Beschäftigung sind negativ korreliert; demnach liegt die Verantwortung für die Vollbeschäftigung bei der Lohnpolitik. Nach Keynes lauten die beiden Fragen: A: Wie steht es mit der Korrelation zwischen Lohnhöhe und

Beschäftigung?

B: Wie kann die gesamtwirtschaftliche Steuerung die Vollbeschäftigung erreichen?

Die Aufspaltung der Fragestellung in zwei Problemkreise stellt deshalb einen erheblichen Fortschritt dar, weil hiermit ein neuer Zugang für die Verantwortlichkeit für die Vollbeschäftigung gefunden wird. So hebt denn auch Keynes zunächst für die klassische Theorie hervor: „The traditional theory maintains, in short, that the wage bargains between the entrepreneurs and the workers determine the real wage; . . .“<sup>5)</sup>. Es ist nun in der Tat schwer einzusehen, wie die Tarifparteien den Vollbeschäftigungsreallohn finden können. Schließlich ist der Reallohn der Quotient aus Nominallohn und Preisniveau und in den Tarifverhandlungen wird nur über den nominalen Tariflohn befunden.

<sup>4)</sup> Keynes, J. M., *The General Theory of Employment, Interest and Money*, The Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. VII, London 1973, S. 16.

<sup>5)</sup> Keynes, J. M., *The General Theory . . .*, a.a.O., S. 11.

<sup>6)</sup> Keynes, J. M., *The General Theory . . .*, a.a.O., S. 17.

<sup>7)</sup> Keynes, J. M., *The General Theory . . .*, a.a.O., S. 284.

<sup>8)</sup> Vgl. Leijonhufvud, A., *On Keynesian Economics and the Economics of Keynes*, New York 1968, S. 95.

<sup>9)</sup> Keynes, J. M., *The General Theory . . .*, a.a.O., S. 9.

(3) Die Beziehung zwischen Reallohn und Beschäftigung entspricht bei Keynes durchaus der klassischen Ansicht. Auf diese Übereinstimmung weist Keynes ausdrücklich hin - „. . . we must not overlook an important point of agreement . . . It means that, with a given Organisation, equipment and technique, real wages and the volume of Output (and hence of employment) are uniquely correlated, so that, in general, an increase in employment can only occur to the accompaniment of a decline in the rate of real wages. Thus I am not disputing this vital fact which the classical economists have (rightly) asserted as indefeasible. In a given state of Organisation, equipment and technique, the real wage earned by a unit of labour has a unique (inverse) correlation with the volume of employment.“<sup>6)</sup>

Demnach kann sowohl bei Keynes als auch bei der Klassik die Arbeitslosigkeit nur beseitigt werden, wenn der Reallohnsatz sinkt. Mäßig wachsende Reallöhne oder gar sinkende Reallöhne wären die beste Methode zur Erhöhung des Beschäftigungsgrades.

(4) Keynes arbeitet nun mehrere Gründe heraus, warum er aus der negativen Korrelation von Beschäftigung und Reallohn nicht auf die Verantwortung der Tarifparteien für die Vollbeschäftigung schließt. Der erste ist bereits genannt worden: Die Tarifparteien bestimmen gar nicht den Reallohn. Darüber hinaus hebt Keynes die Risiken einer Deflationspolitik hervor: Der Reallohn wird nur dann gesenkt, wenn der Nominallohn rascher als das Preisniveau sinkt. Abgesehen von der Unsicherheit dieses deflatorischen Prozesses ist auf die hohen Kosten in Form der anhaltenden Unterauslastung der Kapazitäten und der Arbeitslosigkeit zu verweisen. Eine zurückhaltende Nominallohnpolitik ist mithin nach Keynes nicht geeignet, die Arbeitslosigkeit zu mildern.

(5) Die Keynes'sche Therapie läßt sich wie folgt zusammenfassen: „. . . , it will be possible to increase employment by increasing expenditure in terms of money until real wages have fallen to equality with the marginal disutility of labour, at which point there will, by definition, be full employment“.<sup>7)</sup> – Der Unterschied zur Klassik besteht demnach nur darin, wie die Senkung des Reallohns herbeigeführt wird. Keynes bezweifelt, daß die Tarifparteien hierzu in der Lage sind. Nach seiner Ansicht führt Inflation – hervorgerufen durch eine expansive Fiskalpolitik – zur Dämpfung des Reallohns.

(6) Hier drängt sich nun die Frage auf, ob diese Keynes'sche Therapie nicht lediglich ein Trick ist. Selbst wenn zugegeben wird, daß eine Deflation bei Arbeitslosigkeit nicht hilft, selbst dann ist zu fragen, ob die Annahme von Geldillusionen bei den Gewerkschaften realistisch ist.<sup>8)</sup> Ist die Hypothese haltbar, daß die Gewerkschaften einer Senkung der Nommalöhne nicht zustimmen, daß sie aber eine Reallohnsenkung via Inflation akzeptieren?

In diesem Punkt ist die Keynes'sche Aussage eindeutig: „Now ordinary experience tells us, beyond doubt, that a situation where labour stipulates (within limits) for a money-wage rather than a real wage, so far from being a mere possibility, is the normal case. Whilst workers will usually resist a reduction of money-wages, it is not their practice to withdraw their labour whenever there is a rise in the price of wage-goods. It is sometimes said that it would be illogical for labour to resist a reduction of money-wages but not to resist a reduction of real wages. For reasons given below this might not be so illogical as it appears at first; and, as we shall see later, fortunately so. But whether logical or illogical, experience shows that this is how labour in fact behaves“.<sup>9)</sup> So klar Keynes in diesem Punkt auch ist, so sind zwei Fragen aufzuwerfen. Fellner formuliert sie so: „The presentation in

the General Theory leaves one uncertain whether (1) workers allow themselves to be misled by unexpected price increases without this leading to a sequence of events that will disequilibrate the economy, or (2) they deliberately accept lower real-wage rates when the employment level is rising and the labor market is becoming tighter<sup>10)</sup> – Beide Antworten gehen nicht zugunsten von Keynes aus. Dabei gibt Keynes selbst die Antwort auf die zweite Frage: „That the wage-unit may tend to rise before full employment has been reached, requires little comment or explanation. Since each group of workers will gain, *cet. par.*, by a rise in its own wages, there is naturally for all groups a pressure in this direction, which entrepreneurs will be more ready to meet when they are doing better business. For this reason a proportion of any increase in effective demand is likely to be absorbed in satisfying the upward tendency of the wage-unit“<sup>11)</sup>

Solange jedoch die Nominalloohnerhöhungen geringer sind als die Preissteigerungen, sinkt der Reallohn und steigt die Beschäftigung. Kritischer ist die erste Frage von Fellner: Kann man mit Inflation die Entwicklung der Nominallöhne überspielen? Hierauf gibt es keine einfache Antwort. (7) Auf der einen Seite gibt es zahlreiche Argumente, die dagegen sprechen, daß die gesamtwirtschaftliche Steuerung noch in der Lage ist, eine Reallohndämpfung herbeizuführen. Hier soll nur das Schlagwort der „Nettoreallohnoorientierung“ der Gewerkschaften genannt werden. Auch die Vorschläge zu neuen Formen der Einkommenspolitik, die zur Zeit in den USA erörtert werden<sup>12)</sup>, gehen davon aus, daß die Tarifparteien Inflationsraten, Steueränderungen, etc. bei den Lohnverhandlungen berücksichtigen.

Andererseits sprechen die Minderheitsvoten der Gewerkschaftsvertreter in der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel dafür, daß der Keynes'sche Trick noch funktioniert. Hierzu nur zwei Beispiele:

- Das Ziel der Geldwertstabilität wird relativiert. Die gesamtwirtschaftliche Steuerung sollte sich demnach mehr auf die Beschäftigungs- als auf die Antiinflationpolitik konzentrieren. Die Duldung der Inflation innerhalb gewisser Grenzen würde keineswegs das Beschäftigungsziel gefährden. Es läßt sich hinzufügen: Nach Keynes hat diese Inflation positive Beschäftigungseffekte, wenn die Gewerkschaften die Reallohnsenkung akzeptieren.<sup>13)</sup>

- Verständlicherweise haben sich die Gewerkschaftsvertreter in der Kommission gegen jede Einschränkung der Nominallohnpolitik ausgesprochen. Dagegen haben sie Politiken mitvertreten, die zur Reallohndämpfung führen, wie z.B. die FuT- und die Investitionspolitik.

Es gibt viele und sicherlich gute Gründe für die Gewerkschaften, Geldillusionen beizubehalten. Dennoch dürfte es der

staatlichen Wirtschaftspolitik immer schwerer fallen, Instrumente einzusetzen, die im Endeffekt entlang Keynes'scher Lehre via Inflation zur Dämpfung des Reallohnwachstums und damit zur Steigerung des Beschäftigungsgrades führen. Je mehr die Resultate dieser Politiken in der Nominallohnentwicklung antizipiert werden, umso eher führt die gesamtwirtschaftliche Steuerung in eine Sackgasse.

(8) Es schien mir notwendig zu sein, beim gestellten Thema auf Keynes selbst einzugehen und ihn auch zu Wort kommen zu lassen, weil seine Botschaft häufig – und nicht zuletzt in Lehrbüchern – entstellt wird. Für manchen Keynesianer, der auf das Original verwiesen wird, mag das Urteil von Hicks schockierend sein: „Thus the view which emerges from the General Theory is more radical than ‚full employment without inflation‘; it is nothing less than the view that inflation does not matter.“

I do not suppose that Keynes held, at all consistently, to this radical view; in later writings, written during the war, he seems to have moved much nearer to the ‚full employment without inflation‘ position. The extreme position which he takes, by implication, in the General Theory, is surely to be explained by the circumstances of its time. Inflation, in 1936, seemed far from being a danger; the important thing to say was that deflation would not help. That is the practical thing that Keynes was saying. It was right, then; but it was not the whole story. To have made it into a general principle, working both ways, was surely (we must now say) very unfortunate.“<sup>14)</sup> – Auf die Inflationsproblematik ist im zweiten Teil zurückzukommen.

(9) Während Keynes in kurzfristiger Analyse die negative Korrelation von Beschäftigungsgrad und Reallohn nicht bezweifelte und Reallohnsenkungen über Inflation empfahl, dominiert neuerdings eine neue Schule des theoretischen Denkens in der Keynes-Interpretation, die unmittelbar mit unserem Thema zu tun hat. In einem beachteten Buch von Malinvaud wird der Unterschied von Keynes und der Klassik auf die simple Formel gebracht: „The difference is sharpest for specific measures acting only on prices or only on nominal wages. To cure Keynesian unemployment, one should lower prices or raise wages. To cure classical unemployment, one should do precisely the reverse.“<sup>15)</sup> – Läßt man die Schwierigkeiten der Keynes-Interpretation einmal beiseite, so läßt sich wirtschaftspolitisch offensichtlich jeder denkbare Fall aus der Theorie ableiten.<sup>16)</sup> Interessant ist ferner, daß die beiden Fragen nach der Korrelation zwischen Reallohn und Beschäftigungsgrad und nach der Verantwortung bzw. dem Handlungsspielraum erneut vermengt sind: je nach Fall muß die Nominallohnpolitik bei „Keynes'scher Arbeitslosigkeit“ expansiv und bei „klassischer Arbeitslosigkeit“ restriktiv sein.

(10) Malinvauds Fall ist – trotz der irreführenden Keynes-Interpretation<sup>17)</sup> – für unser Thema interessant. Wie läßt sich begründen, daß steigende Reallöhne die Beschäftigung anregen? Hier gibt es zwei Möglichkeiten:

- In einer Gleichgewichtsanalyse werden anormale Kurvenverläufe unterstellt: Auf dem Gütermarkt sinkt z.B. mit steigendem Angebot das Preisniveau. Dieser Fall wird zunehmend beachtet.<sup>18)</sup> Jetzt würde mit steigender Nachfrage auf dem Gütermarkt die Menge steigen und der Preis sinken. Bei konstantem Nominallohn würde die Beschäftigung bei steigendem Reallohn zunehmen. In einer Gleichgewichtsanalyse läßt sich demnach zeigen, daß positive und negative Korrelationen zwischen Reallohn und Beschäftigung denkbar sind.

- Eleganter kann dieser Nachweis in einer Ungleichgewichtsanalyse geführt werden.<sup>19)</sup> Hier wird zunächst eine alte Frage wieder aufgeworfen: Können alle Märkte – Güter-, Ar-

<sup>10)</sup> Fellner, W., *Towards a Reconstruction of Macroeconomics*, Washington, D. C. 1976, S. 44.

<sup>11)</sup> Keynes, J. M., *The General Theory . . .*, a.a.O., S. 301

<sup>12)</sup> Vgl. die Beiträge in: *Brookings Papers on Economic Activity*, H. 2 (1978).

<sup>13)</sup> Bericht, S. 151.

<sup>14)</sup> Hicks, J. R., *The Crisis in Keynesian Economics*, Oxford 1974, S. 61 f.

<sup>15)</sup> Malinvaud, E., *The Theory of Unemployment Reconsidered*, Oxford 1977, S. 66f.

<sup>16)</sup> Für viele bleiben solche klassifikatorischen Theorien, die jede Denkmöglichkeit zulassen, das wissenschaftliche Ideal. Dem Wirtschaftspolitiker nützt es jedoch wenig, wenn die Theorie konsistent nachweist, zu geringe Nominallöhne seien die Ursache Keynes'scher Arbeitslosigkeit und zu hohe Nominallöhne diejenige klassischer Arbeitslosigkeit.

<sup>17)</sup> Vgl. dazu: Kahn, R., Malinvaud on Keynes, *Cambridge Journal of Economics*, Bd. 1, 1977, S. 375-388.

<sup>18)</sup> Vgl. z.B. die Dokumentation bei Ott, A., E., *Steigende Preise bei sinkender Nachfrage. Einige mikroökonomische Überlegungen*, in: H. Albach, E. Helmstädter, R. Henn (Hrsg.), *Quantitative Wirtschaftsforschung*, Wilhelm Krelle zum 60. Geburtstag, Tübingen 1977, S. 539-550. Vgl. auch Klaus, J., *Unsicherheiten in der Wahl der Stabilisierungsstrategie*, in: *Stabilisierungspolitik*, WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung, Nr. 27, Köln 1974.

<sup>19)</sup> Dieser Grundgedanke wird zum ersten Mal ausführlich erörtert bei Patinkin, D., *Money, Interest, and Prices*, 2. Aufl., New York 1965, 13. Kap.

beits-, Geldmärkte, etc. – simultan im Gleichgewicht sein?<sup>20)</sup> Interessanter ist das Eingeständnis, daß dieses totale Gleichgewicht kurzfristig unwahrscheinlich ist. In diesem Fall kann die Vollbeschäftigung – je nach Annahme – über Reallohnsenkungen oder -erhöhungen wieder erreicht werden. Auf diese kurzfristige Ungleichgewichtsanalyse ist nun einzugehen.

(11) Zunächst wird der Fall behandelt, in dem der Reallohn und die Beschäftigung positiv korreliert sind. Diese Keynes'sche Arbeitslosigkeit nach Malinvaud wird an einem Lehrbuchbeispiel demonstriert: Untersucht werden dabei nur der Güter- und Arbeitsmarkt. Die Kurven für Angebot und Nachfrage haben den „Normalverlauf“. Es herrscht Unternachfrage auf dem Gütermarkt. Beim geltenden Preis übersteigt das geplante Angebot die geplante Nachfrage. Die Restriktion der ökonomischen Aktivität kommt von der Nachfrage her. Zunächst reagieren die Preise für den Output und die Arbeit nicht.

Diese Nachfragerestriktion führt direkt dazu, daß die Unternehmer hohe Gewinne machen, da sich Preis und Menge nach der Nachfragekurve richten und die Unternehmer ansonsten die fixierte Menge zu einem geringeren Preis angeboten hätten. Über die Produktionsfunktion können wir leicht den benötigten Arbeitsinput ermitteln. Wir unterstellen in diesem Fall, daß die Produktionsfunktion zugleich die Beschäftigungsfunktion ist und die Unternehmer eher mit den Mengen als mit den Preisen reagieren. Die Nachfrageschwäche führt zur Restriktion des Outputs und der Beschäftigung. Da nun weniger Beschäftigte als im Gleichgewicht benötigt werden, wäre eigentlich deren Grenzprodukt gestiegen. Bei zunächst konstanten Reallohnen wird den Arbeitnehmern dann ein Teil ihres Grenzproduktes vorenthalten. Das Ungleichgewicht auf dem Gütermarkt verschwindet nun durch Preissenkungen. Ist der Nominallohn konstant, so steigt hierdurch der Reallohn.<sup>21)</sup> Da die Nachfrageschwäche dazu geführt hatte, daß den Arbeitnehmern ein Teil ihres Grenzproduktes nicht zugestanden wurde, ist es nicht tragisch, wenn die Anpassungsprozesse des Marktes hier für eine Korrektur sorgen: Die Sendung der Profitraten führt dann zu steigenden Reallohnen und zu einer steigenden Beschäftigung.

(12) Es besteht nun nicht die Absicht, hier auf Feinheiten der Ungleichgewichtstheorie auf mehreren Märkten einzugehen. Unser Thema ist das Verhältnis von Lohnhöhe und Beschäftigung und die Behandlung der Möglichkeiten der Beschäftigungspolitik. Doch werfen die statischen Ungleichgewichtsmodelle nur Licht auf die erste Frage: Die Anpassung erfolgt endogen. Insofern ist die Analyse neoklassisch. Unter Punkt 10 wurde hervorgehoben, daß dieser Ungleichgewichtsansatz nicht uninteressant sei. Bringt man es auf eine simple Formel, so ist bemerkenswert, daß die orthodoxe Ungleichgewichtsanalyse in kurzfristiger Betrachtung von der Entlohnung nach dem Grenzprodukt abgeht. Beim zuvor erörterten Streit zwischen Klassik und Keynes stand die Arbeitsnachfragekurve nicht zur Debatte. Die Unternehmer erwarteten zumindest, daß die abhängig Beschäftigten ihre Grenzproduktivität verdienen. Jetzt wird davon abgewichen: Nachfragerestriktionen auf dem Gütermarkt führen zu Reallohnen, die geringer als die Grenzproduktivität sind. Ist dieses realistisch?

<sup>20)</sup> Trotz aller neuen Literatur verweise ich hier auf Schneider, E., Einführung in die Wirtschaftstheorie, Bd. II, 5. Aufl., Tübingen 1958, S. 407 ff.

<sup>21)</sup> Genau so gut könnte bei konstantem Preisniveau der Nominallohn steigen. Auf jeden Fall erhöht sich der Reallohn.

<sup>22)</sup> Solow, R. M., A Contribution to the Theory of Economic Growth, Quarterly Journal of Economics, Vol. LXX (1956), S. 66.

<sup>23)</sup> Malinvaud, E., The Theory of Unemployment Reconsidered, a.a.O., S. 77.

<sup>24)</sup> Vgl. z.B. Gahlen, B., unter Mitarbeit von Rahmeyer, F., Einführung in die Wachstumstheorie, Bd. I, Tübingen 1973.

(13) Was die kurzfristige Analyse angeht, so ist die Rigidität von Preisen und Löhnen gut dokumentiert. Überschätzt wird aber der Mengenverbund zwischen Güter- und Arbeitsmarkt. Selbst wenn auf Gütermärkten Mengeneffekte rascher als Preiseffekte eintreten, so ist nicht ausgemacht, daß dieses auch für den Beschäftigungseffekt der Outputvariation gilt. Vorübergehend gehortete Arbeitskräfte verdienen auf kurze Sicht ihre Grenzproduktivität nicht. Bedenkt man diese in der Arbeitsmarkttheorie hinlänglich dokumentierten Sachverhalte, so ist eher zu erwarten, daß kurzfristig der Reallohn die Grenzproduktivität der Arbeit übersteigt. Hieraus folgt einerseits, daß die Arbeitslosigkeit nicht so groß ist wie bei der kurzfristigen Gewinnmaximierung; andererseits beseitigt eine Reallohnsenkung die Arbeitslosigkeit.

(14) Überblickt man die Schreibtischforschung zum Thema der kurzfristigen Analyse des Zusammenhangs von Lohnhöhe und Beschäftigung und zur Verantwortlichkeit für die Vollbeschäftigung, so wird deutlich, wie vielfältig die wissenschaftliche Szene geworden ist. Hier eine kurze Zwischenbilanz:

Gegenüber dem klassischen totalen Gleichgewicht auf allen Märkten sind die Möglichkeiten ausgedehnt worden:

- Analysiert werden können denkbare Inkonsistenzen zwischen den Partialmärkten;
- interessant sind die Implikationen von „normalen“ und „anormalen“ Angebots- und Nachfragegleichungen;
- deuten läßt sich alles: Arbeitslosigkeit wird durch steigende oder sinkende Reallöhne überwunden;
- fast immer passen sich Löhne und Preise endogen an; für eine Politik der gesamtwirtschaftlichen Steuerung oder gar für eine Arbeitsmarktpolitik bleibt wenig Raum;
- kurzfristig wird von der Keynes'schen oder klassischen Arbeitsnachfragefunktion abgewichen.

So hat die Schreibtischforschung zum üblichen Schluß geführt: Es ist alles denkbar. Da nicht beabsichtigt ist, die vielen „denkbaren“ Modelle auszufüllen, drängt sich eine wirtschaftspolitische Quintessenz auf, die die weitere Forschung auf diesem Gebiet freilich kaum ändern wird: Mit den beschriebenen Methoden sind wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen nicht zu ziehen, weil alles „Denkbare“ erforscht ist. Andererseits ist beim Stand unseres neoklassischen Wissens erstaunlich, daß Wissenschaftler kurzfristig etwas zur Verantwortlichkeit der Lohnpolitik für die Vollbeschäftigung sagen. Zumindest verwundert, daß Neoklassiker dies tun. Sie fallen damit hinter den Stand der modernen Theorie zurück.

(15) Es ist in der Wissenschaft seit langem akzeptiert, daß kurzfristig vom Ideal der Marktwirtschaft abgewichen wird. Der Markttheoretiker kann ohne Schaden kurzfristig alle möglichen Anomalien im gewohnten Instrumentarium behandeln. Bei der langfristigen Analyse hört der Spaß auf. Als Solow 1956 die Restauration gegen die Keynes'sche Revolution einläutete, schrieb er: „One usually thinks of the long run as the domain of the neoclassical analysis, the land of the margin.“<sup>22)</sup> 1977 bleibt Malinvaud bei derselben Ansicht.<sup>23)</sup> Was hat die auf die langfristige Wirtschaftsentwicklung ausgerichtete Schreibtischforschung zum Thema beizutragen? Zunächst ist erneut alles denkbar: Sowohl eine steigende/konstante/sinkende Lohnquote ist mit der Vollbeschäftigung vereinbar. Im Einzelfall hängt dies von der Substitutionselastizität und vom technischen Fortschritt ab. Erneut sind die Denkmöglichkeiten erforscht. Eine Denkpause ist hier demnach nicht erforderlich. Die Wissenschaft kann jeden Fall einordnen, er ist in Lehrbüchern klassifiziert.<sup>24)</sup>

(16) Die neoklassische Rückfalllinie auf die langfristige Betrachtung ist empirisch überprüft worden. Dabei hat es sich

gezeigt, daß die langfristige Entwicklung der Grenzproduktivität der Arbeit und des Reallohnes entkoppelt sind.<sup>25)</sup>

(17) Die moderne Wirtschaftstheorie hat überzeugend nachgewiesen, daß sämtliche Korrelationen zwischen Verteilungsmaßen und Beschäftigungsgraden denkbar sind. Was kann die Wissenschaft zur Versachlichung des Streitigen um das gestellte Thema beitragen? – Genauer: Wie läßt sich der Mehrheitsrat zu mäßigen Lohnerhöhungen begründen? Diese Begründung wird im zweiten Teil dieses Beitrages gegeben. Sie hat nicht die Stringenz des neoklassischen Ansatzes. Aber bereits Hicks führt aus: „... I began to realize that, as a consequence of what had happened, the General Theory itself needed considerable reconstruction.

What I shall try to do in the following is some of that reconstruction. Though it sounds a hard task, it is in fact rather easy. For what results is not far from what is implicit in the work of practical economists at the present time. When I read the surveys of the wiser economic commentators, I recognize that much of what I shall be saying is well known to them; they have been finding it out by experience.“<sup>26)</sup> Die Erfahrung zum Thema reicht aus; hier bedarf es auch keiner Denkpause. Es liegt in der Natur der Sache, daß der zweite Teil dieses Beitrages neoklassischen Standards nicht genügt.

### 3. Gesamtwirtschaftliche Steuerung und Vollbeschäftigung

(18) Überblickt man die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, so fallen die folgenden Trends auf: abnehmendes Wirtschaftswachstum, sich beschleunigende Dauerinflation, Verschärfung der Konjunkturzyklen und Abnahme des Arbeitsvolumens seit Beginn der sechziger Jahre. Der Kernprozeß liegt im abnehmenden Mengen- und zunehmenden Preisniveauwachstum. Hierfür sind nun Erklärungsmöglichkeiten zu finden.

Mit Nachdruck ist darauf hinzuweisen, daß auf makroökonomischer Ebene das Beschäftigungsproblem nur in diesem weiten Bezugsrahmen gelöst werden kann. Jede partielle Betrachtungsweise, beziehe sie sich nun auf einen isolierten Preis-Mengen-Verbund (z.B.: Preis-Menge oder Lohn-Beschäftigung) oder auf eine isolierte Mengentautologie (z.B.: Wachstumsrate der Beschäftigten gleich Wachstumsrate der Produktion minus Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität minus Wachstumsrate der Arbeitszeit), führt hier in die Irre. Es wäre in der Diskussion viel erreicht, wenn die noch zu gängigen Vereinfachungen „Schuldzuweisung an die Lohnpolitik“ versus „Überschätzung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik“ relativiert würden. Da der Beschäftigungsgrad eine der entscheidenden Größen der makroökonomischen Analyse ist, mündet das gestellte Thema in Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik und –theorie ein. Darauf kann hier nur in thesenartiger Form eingegangen werden.

(19) Ein abnehmendes Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts und ein zunehmendes Wachstum des Preisniveaus kann auf verschiedene denkbare Ursachenkomplexe zurück-

geführt werden. Nach der Darstellung im ersten Teil dieses Beitrages dürfte diese Feststellung den Leser nicht verwundern. Jetzt geht es jedoch nicht mehr um denkbare, sondern um bislang nicht widerlegte Erklärungen des abnehmenden Mengen- und des zunehmenden Preisniveauwachstums. Zunächst einmal hat es sich als fruchtbar erwiesen, das Preisniveauwachstum dem Mengenwachstum an die Seite zu stellen<sup>27)</sup> und gemeinsam zu erklären. Die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel – in der die Tarifparteien vertreten waren – folgt hier Streißler, wenn sie schreibt: „Eine Zeitreihenanalyse für die Bundesrepublik weist auf eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums bei einer Beschleunigung der Dauerinflation hin. Beim nominalen Wachstum hat sich im Zeitablauf eine Verschiebung vom Mengenwachstum zum Preisniveauwachstum ergeben. Beide Entwicklungen (verringertes Mengenwachstum, erhöhtes Preisniveauwachstum) können die Folge tieferliegender Ursachenkomplexe sein. So können sowohl das reale Wirtschaftswachstum als auch die Inflation die Folge des Strebens nach einer Verbesserung der eigenen ökonomischen Position sein, einmal mit der Bereitschaft mehr zu leisten, im anderen Fall ohne den Willen zu höherer Leistung.“<sup>28)</sup> – Diese Hypothese hat sich inzwischen empirisch gut bestätigt.<sup>29)</sup> Bringt man die Erklärung für ein abnehmendes Mengen- und zunehmendes Preisniveauwachstum auf eine kurze Formel, so lautet sie: Verteilungskampfhypothese plus falsche Reaktion der Wirtschaftspolitik hierauf.

(20) Wenn die Verteilungskampfhypothese angesprochen wird, dann wird oft sogleich vermutet, man wolle die Verantwortung für die Verletzung der gesamtwirtschaftlichen Ziele den Gewerkschaften zuschieben. Solche Unterstellungen werfen ein Licht darauf, wie sehr die wirtschaftspolitische Diskussion inzwischen versimpelt ist. Gesucht wird nach Schuldigen; in ist das „Schwarze-Peter-Spiel“. Leider ist dieses Spiel auf alle Akteure, ob sie handeln oder beobachten, ausgedehnt worden. Nicht nur Politiker oder Verbandsvertreter machen jeweils andere verantwortlich; auch Wissenschaftler beklagen bei ihren Untersuchungsobjekten ein nicht modellkonformes Verhalten. Worum geht es? Wenn auf den Verteilungskampf abgestellt wird, dann ist die Instabilität des privaten Sektors angesprochen. Diese ist in guter ökonomischer Tradition keine Frage von „Schuld und Sühne“. Herausgefordert ist die gesamtwirtschaftliche Steuerung. In einem Minderheitsvotum des Gutachtens der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel schreiben die Gewerkschaftsvertreter ungeniert, daß sich gegen Ende der sechziger Jahre der Verteilungskampf verschärft habe.<sup>30)</sup> Dieses hatte Ursachen, die der ökonomischen Analyse zugänglich sind. Hierauf weisen J. Robinson und J. Eatwell in ihrer bekannten Einführung in die Volkswirtschaftslehre hin: „Trade unionists very much recent being told that inflation is all the fault of rising wage rates, and businessmen dislike being scolded for raising prices. Neither party is to blame. Each is behaving correctly according to his own lights. The speculators are following the proper rules of the free market System. The trouble lies, not in anyone's bad behaviour, but in the mechanism of the private enterprise market economy. The argument in Keynes' General Theory, which showed that there is no meaning to be attached to the idea of equilibrium price level, was even more shocking to orthodox opinion than the observation that there is no natural tendency in a private enterprise economy to maintain full employment. It seems to have been left out of the neo-neoclassical reconstruction of pre-Keynesian theory, so that present experience of inflation is as disconcerting for modern orthodoxy as massive unemployment was for the orthodoxy of the 'thirties.“<sup>31)</sup>

<sup>25)</sup> Vgl. Gahlen, B., Der Informationsgehalt der neoklassischen Wirtschaftstheorie für die Wirtschaftspolitik, Tübingen 1972.

<sup>26)</sup> Hicks, J. R., The Crisis in Keynesian Economics, a.a.O., S. 7 f.

<sup>27)</sup> Streißler, E., et. al., Zur Relativierung des Zieles der Geldwertstabilität, Schriftenreihe der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Bd. 100, Göttingen 1976, S. 298.

<sup>28)</sup> Bericht, S. 155.

<sup>29)</sup> Es gibt eine unübersehbare Literatur zu Preis- und Beschäftigungsgleichungen. Die Projektgruppe 'empirische Wirtschaftsforschung' an der Universität Augsburg führt z.Zt. eine empirische Branchenuntersuchung zu diesem Problem durch.

<sup>30)</sup> Bericht, S. 81.

<sup>31)</sup> Robinson, J., Eatwell, J., An Introduction to Modern Economics, London 1973, S. 213 f.

Die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel spricht sich, obgleich sie vom Verteilungskampfmodell ausgeht, in der Mehrheitsmeinung gegen Lohnleitlinien aus. Sie liegt damit nicht auf der Generallinie der Politikberatung. Es ist nicht uninteressant, darauf zu verweisen, daß die Arbeitgebervertreter in einem umfangreichen Minderheitsvotum die einkommenspolitische Konzeption des Sachverständigenrats als Lösungsvorschlag präsentieren.<sup>42)</sup>

(25) Nachdem sich die Kommission „für ein besseres Verständnis des Verteilungskampfes“<sup>43)</sup> ausgesprochen und Lohnleitlinien abgelehnt hat, schreibt sie: „Die Kommission verkennt keinesfalls, daß im Verteilungskampf langfristig die Tendenz zur Verletzung des Wachstums- und Beschäftigungsziels angelegt ist. Sie sieht keine andere Wahl, als nach den Bedingungen zu suchen, unter denen eine Einkommenspolitik zur Stabilisierung der Wirtschaft beitragen kann (siehe Erich Streißler et al., Schriftenreihe, Bd. 100, S. 323).“<sup>44)</sup> - Dieses ist nicht inkonsequent, weil die Alternativen zur Einkommenspolitik nicht mehr überzeugen; andererseits kann aber auch nicht die Einkommenspolitik die Gesamtlast bei der Korrektur der Instabilitäten des privaten Sektors tragen. Fragen wir zunächst nach dem Beitrag der anderen Politiken. Dabei erfolgt weiterhin eine Beschränkung auf die makroökonomischen Aspekte des Problemkreises. Wie bereits erwähnt, können mit globalen Mitteln die strukturellen Probleme natürlich nicht gelöst werden. Weiterhin wird davon ausgegangen, daß überhaupt der Wunsch besteht, die negative Entwicklung der Preis- und Mengeneffekte zu durchbrechen.<sup>45)</sup>

(26) Zunächst könnte man an den Beitrag von Politiken denken, die das Marktgeschehen „ordnen“, also z.B. an die Wettbewerbs- und Verbraucherpolitik. Streißler hat seine Ausführungen hierzu wohl in Antwort auf wohlmeinende Publikationen schlicht mit dem Titel: „Die Bedeutungslosigkeit der Wettbewerbspolitik“ überschrieben.<sup>46)</sup> Damit ist natürlich nur gesagt, daß diese Politiken an den beschriebenen Trends wenig ändern können. Die anderen Ziele dieser Politiken stehen hier nicht zur Debatte. Was die Wechselkurse angeht, so wäre erneut Streißler zuzustimmen, daß diese *langfristig* gesehen eher den zugrundeliegenden Trends der Preis- und Mengeneffekte folgen.<sup>47)</sup> Damit bleibt die traditionelle gesamtwirtschaftliche Steuerung der Nachfrage über die Fiskal- und Geldpolitik. Das Ergebnis dieser Globalsteuerung mit der asymmetrischen Wirkung auf das Preis- und Mengenwachstum wurde analysiert. Damit ist die keynesianische Nachfragesteuerung an ihre Grenzen gestoßen. In der Politikberatung wurden folglich zunehmend Prinzipien wie Verstetigung und Prophylaxe gefordert. Dabei soll das Prinzip Verstetigung die Erwartungen stabilisieren und das Prinzip Prophylaxe falsche Erwartungen schon im Entstehen korrigieren. Zwei Anmerkungen liegen auf der Hand: Einmal wird die Problemverarbeitungskapazität im politischen und administrativen Prozeß überschätzt – strategisches und vorbeugendes Handeln zahlt sich hier (so meint man wenigstens) wenig aus -; zum anderen führt eine solche Nachfragepolitik

u.U. zu den erwünschten Preiseffekten, doch wird dieses zu Lasten der Mengeneffekte gehen. Dies würde einen Monetaristen nicht schrecken, da für ihn der Schuldige an den Mengeneffekten feststeht.

(27) Eine weitere Möglichkeit der gesamtwirtschaftlichen Steuerung wird jetzt immer mehr erörtert: Die Verlagerung von der Nachfrage- auf die Angebotspolitik. Gemeint ist damit eine *langfristig* durchgehaltene Politik der Förderung von Zukunftsaufgaben: Investitionen, FuE-Bemühungen, etc. In einer solchen Langfriststrategie sieht z.B. die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel die wirksamste Wachstums- und Antiinflationpolitik. Aus diesem Grunde spricht sie sich für einen Ausbau der FuT- und der Investitionspolitik aus. Daß diese Politiken zur Wachstumspolitik gehören, ist offenkundig. Strittig sind jedoch die Beschäftigungseffekte. So wird z.B. angeführt, daß es unbillig sei, mit öffentlichen Mitteln die Modernisierung der Volkswirtschaft voranzutreiben, wenn dieses via öffentlicher Mittel zum Verlust von Arbeitsplätzen führt. Hier gerät man in die Fallstricke der uralten Automationsdebatte, deren Ergebnis bekannt sein sollte: Eine kurzfristig beschäftigungsorientierte Investitions- oder FuT-Politik verschärft langfristig die Beschäftigungsproblematik. Zur Angebotspolitik als Antiinflationpolitik stellt die Kommission fest: „Ihr kommt neben der Einkommenspolitik auch eine große Bedeutung für die Reduzierung des aus dem Verteilungskampf resultierenden Kostendrucks zu. Der Kostendruck hängt nicht nur von Lohnsteigerungen (positive Komponente), sondern auch von Produktivitätssteigerungen (negative Komponente) ab. Eine Politik, die das Wirtschaftswachstum und den Produktivitätsfortschritt über eine Erhöhung der Investitionen nachhaltig anhebt, bekämpft daher auch den Kostendruck. Sie ist von der Angebotsseite her die aussichtsreichste Langzeitstrategie der Inflationsbekämpfung (siehe Erich Streißler u.a., Schriftenreihe, Bd. 100, S. 304ff.). Von einem technokratischen Standpunkt ist es gleichgültig, ob die Investitionspolitik oder die Einkommenspolitik zur Bekämpfung des Kostendrucks eingesetzt wird. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß der Einkommenspolitik bei Wahrung der Tarifautonomie deutliche Grenzen gesetzt sind. Staatliche Instanzen dagegen tun sich leichter, die Kostenentwicklung über die Investitionspolitik zu beeinflussen. Gegen eine langfristig orientierte Investitionspolitik als Antiinflationstrategie wird vorgebracht, daß sie von einem Forderungsverhalten der Gewerkschaften, welches an der Entwicklung des Nettoeinkommens orientiert ist, unterlaufen werden kann. Hierzu ist festzustellen, daß die vereinbarten Tarifloohnerhöhungen von beiden Parteien verantwortet werden. Außerdem können staatliche Instanzen durch eine konsequente Politik flankierender Maßnahmen dem Verteilungskampf Daten vorgeben.“<sup>48)</sup>

(28) Die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel wurde in diesem Zusammenhang so häufig zitiert, weil ihr Vertreter der Tarifpartner und Wissenschaftler angehörten. Wie das Zitat erneut belegt, wird ohne Schuldzuweisung unbefangenen von den Möglichkeiten der gesamtwirtschaftlichen Steuerung angesichts der Instabilität des privaten Sektors gesprochen. Auch der Terminus Einkommenspolitik ist nicht ein Stein des Anstoßes. Außerdem werden Zweifel deutlich, ob die gesamtwirtschaftliche Steuerung ausreicht. Damit schließt sich der Kreis: Die „Verantwortung“ der Tarifparteien für die Vollbeschäftigung ist angesprochen:

a. Da dieser Terminus in der öffentlichen Diskussion so emotionsgeladen verwendet wird, habe ich ihn bewußt als Titel gewählt. Es wäre in der öffentlichen Diskussion viel gewonnener, wenn die Wissenschaft das „Schwarze-Peter-Spiel“ nicht mitspielt. Für Parteien und Verbände ist es konstituie-

<sup>42)</sup> Bericht, S. 166 ff.

<sup>43)</sup> Bericht, S. 162.

<sup>44)</sup> Ebenda, S. 167.

<sup>45)</sup> Eine passive Anpassungspolitik an diese Trends, die auch vertreten wird, habe ich erst kürzlich kritisiert. Vgl. Gahlen, B., Wachstumspolitik ohne Wachstumstheorie?, in: H. Markmann und D. B. Simmert (Hrsg.), Krise der Wirtschaftspolitik, Köln 1978 und ders., Wege zur Überwindung der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland im Urteil der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, in: H. Lampen (Hrsg.), Arbeitsmarktpolitik, Stuttgart 1978.

<sup>46)</sup> Streißler, E., et al., Zur Relativierung des Zieles der Geldwertstabilität, a.a.O., S. 300 ff.

<sup>47)</sup> Streißler, E., et al., Zur Relativierung des Zieles der Geldwertstabilität, a.a.O., S. 303.

<sup>48)</sup> Bericht, S. 170.



rend. Daher ist es nicht unlogisch, daß mitspielende Wissenschaftler diesen zugeordnet werden.

b. Die wissenschaftliche Erkenntnis fragt nach den Gründen der Substitution des Mengen- durch das Preisniveauwachstum und nach wirtschaftspolitischen Gegenrezepten. Diese Frage ist bereits in der Tradition von Keynes gestellt. Die andere Tradition – von der im ersten Teil die Rede war – suchte den Nachweis der Stabilität der Entwicklung in marktwirtschaftlichen Systemen. Bleibt man in der hier gewählten Terminologie des Mengen- und Preisniveauwachstums, so hat sich die Sichtweise verschoben. Als die neoklassische Wachstumstheorie modern war, wurde die „Denkbarkeit“ eines optimalen stetigen Wachstums bei Vollbeschäftigung nachgewiesen. Die Inflation verliert in dieser Welt ihren Schrecken. Nun versucht man die gesamtwirtschaftliche Steuerung auf das Preisniveauwachstum festzulegen. Mengeneffekte, die aus dieser Rahmenbedingung resultieren, sind „selbstverschuldet“. Die Wissenschaft wird zur moralischen Anstalt, die den Tarifparteien ein Verhalten gemäß den Modellannahmen anräth. Ansonsten haben sie die Konsequenzen zu tragen.

c. Es ist kein Zufall, daß die Verteilungskampfhypothese vor allem in der Keynes'schen Tradition so dominierend wurde. Für die Diagnose und Therapie von Instabilitäten schärft diese „Schule“ den Blick. Überblickt man die Studien zum Thema und die internationale Problemlage, so dürfte schwer zu bestreiten sein, daß die beschriebenen makroökonomischen Mengen- und Preistrends durch die genannte Hypothese gut erklärt werden. Nicht dokumentiert ist die Kaufkrafttheorie; nicht belegt ist, daß als Resultat des Verteilungskampfes der Kostendruck sinkt. Im Trend zu rasch wachsende Preisniveaus sprechen ebenfalls dafür, daß die Probleme nicht in einer Deflation des Preisverbunds liegen. Die Erfahrung lehrt, daß die Kontrolle eher bei der makroökonomischen Variable ansetzt: Vergleicht man Güterpreise und Lohnsätze, so ist die primär makroökonomische Variable rasch ausgemacht.

d. Die Geschichte der gesamtwirtschaftlichen Steuerung zeigt, daß die Reaktionen der privaten Wirtschaftssubjekte hierauf die Erfolgchancen dieser Politik mindern und ihre Kosten erhöhen. Es ist unsicher geworden, ob die gesamtwirtschaftliche Steuerung ausreicht, um bei Ausklammerung der strukturellen Aspekte eine akzeptable Kombination von Beschäftigungsgrad und Inflationsrate zu erreichen. Die vollständige Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos rückt na-

türlich eine relative Preisniveaustabilität in den Bereich des Machbaren. Die Kosten bei der Produktion und Beschäftigung sind aber zu hoch. Weil die gesamtwirtschaftliche Steuerung nun meint wählen zu können, gerät sie in die Krise: Entweder wird Preisniveaustabilisierung angestrebt und das Mengenrisiko durch Schuldzuweisung privatisiert – andererseits wird die Vollbeschäftigungsgarantie beschworen und das Preisrisiko vergessen.

e. Wenn auch die Angebotspolitik die beste Chance bietet, dem Dilemma zu entgehen, so ist Sicherheit damit nicht gewonnen. Hier ist nun auf eine Erfahrung zu verweisen, die einer gewissen Ironie nicht entbehrt: Keynes lehnte die Überwindung der Arbeitslosigkeit durch einen deflatorischen Prozeß als zu unsicher und zu teuer (Mengeneffekte) ab. Dasselbe läßt sich heute über die Globalsteuerung sagen. Doch hilft der Rückfall in die klassische Position nicht weiter: Ihre Rezepte sind bezüglich der Mengeneffekte zu unsicher und zu teuer.

f. Wenn heute überall neue Möglichkeiten der Einkommenspolitik erörtert werden, so geschieht das vor diesem Hintergrund. Gesucht werden Möglichkeiten, Preis- und Mengeneffekte gleichzeitig stabilitätskonform zu beeinflussen. Es dürfte klar sein, daß dabei der große Trade-off, Verteilung versus Effizienz', nicht einseitig entschieden werden kann. Okun schließt sein berühmtes Buch über diesen Trade-off mit der Bemerkung: „A democratic capitalist society will keep searching for better ways of drawing the boundary lines between the domain of rights and the domain of dollars. And it can make progress. To be sure, it will never solve the problem, for the conflict between equality and economic efficiency is inescapable. In that sense, capitalism and democracy are really a most improbable mixture. Maybe that is why they need each other – to put some rationality into equality and some humanity into efficiency.“<sup>49)</sup>

g. Das Fazit dieser Überlegungen ist im Rahmen der vom IAB aufgeworfenen Frage wie folgt zu ziehen: Weitere theoretische und empirische Forschungen werden die angesprochene Grundsatzdebatte nicht mit neuen Einsichten versehen. Die in der aktuellen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung gehandelten Variationen dieses „klassischen Themas“ sind bereits im „Stil der alten Meister“ abgefaßt. Damit sind sie populär. Die Wissenschaft hat hier aber die Chance, über gegenwärtige Modeströmungen hinauszudenken. Sie kann dabei strategische Erwägungen in den Vordergrund stellen. Dabei verfügt sie über die Erkenntnisgrundlagen, um solche langfristigen Strategien zur Sicherung der Vollbeschäftigung zu formulieren. Es sind wohl eher weltanschauliche Hemmnisse, die dieses bislang verhindert haben. Gegen sie kann aber eine weitere Forschungsphase – so lehrt die Erfahrung – wenig ausrichten.<sup>50)</sup>

<sup>49)</sup> Okun, A. M., Equality and Efficiency: The Big Tradeoff, Washington, D. C. 1975, S. 120.

<sup>50)</sup> Diese Schlußbemerkung ist nicht ohne Grund so deutlich formuliert worden. Wir haben von 1971-77 in der Kommission mit den Tarifparteien über das Thema gestritten. Die vorgelegte Konzeption ist nach meiner Meinung nicht überholt. Warum soll man immer wieder von vorne anfangen?